
Schluss mit dem repressiven politischen System von Recep Tayyip Erdogan – für Demokratie, Föderalismus und soziale Gerechtigkeit im Vielvölkerstaat Türkei

Anfang Juni 2013 liess der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan in Istanbul friedliche Kundgebungen mit aller Brutalität niederknüppeln. Rasch weiteten sich die Protestaktionen auf die ganze Türkei aus und nahmen immer grössere Ausmasse an. Gründe gibt es zahlreiche: Das repressive politische System von Erdogan; keine Meinungs- und Pressefreiheit; die Unterdrückung der sprachlichen, religiösen und ethnischen Minderheiten; die mangelnde demokratische Mitsprache, namentlich auch in den Regionen; die Missachtung elementarer gewerkschaftlicher Rechte und die fehlende Beteiligung der breiten Bevölkerung an den Früchten des Wirtschaftswachstums; die im Zuge der Syrien-Krise ausgespielte sunnitisch-konfessionelle Karte; fehlende Rechtsstaatlichkeit und Gewaltentrennung; die Rolle des Militärs als Staat im Staat.

Dabei gab es in der Türkei in jüngster Zeit Zeichen der Hoffnung. Dank einseitigen Schritten von beiden Seiten kam zur Kurdenfrage ein viel versprechender Dialogprozess in Gang. Eine von der türkischen Regierung eingesetzte Gruppe «weiser Persönlichkeiten» klärt die Befindlichkeiten und Wünsche der türkischen Bevölkerung ab, und die kurdischen Parteien und Gruppierungen erklärten ihre Bereitschaft, sich in diesem Dialogprozess zu engagieren. Parallel und teilweise überlappend kam ein Verfassungsreform-Prozess in Gang, der die Chance zur Lösung der Konflikte birgt, die sich aus der fehlenden Modernisierung des kemalistischen Erbes und des ausschliesslich auf einer türkischen Identität aufgebauten Staates ergeben.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz

1. solidarisiert sich mit dem gerechten und gewaltfreien Kampf für Freiheit, Demokratie und Achtung der Grundrechte aller Individuen unabhängig von Geschlecht und Herkunft, für BürgerInnen- und Gewerkschaftsrechte und hofft, dass dieser Kampf erfolgreich sein wird;
2. verurteilt aufs Schärfste die unverhältnismässigen Eingriffe der Polizei, die schon zum Tod von Demonstranten geführt haben;
3. fordert, dass das Demonstrations- und Streikrecht auch in der Türkei garantiert wird;
4. beharrt darauf, dass Garantien für die Rechte aller sprachlichen, religiösen und ethnischen Minderheiten in jedem Konfliktlösungsprozess zentral sind und in die Verfassung gehören;
5. ersucht alle türkischen Parteien, die Protestbewegung konstruktiv zu unterstützen, und appelliert namentlich an die Republikanische Volkspartei CHP, den reaktionär-kemalistischen Nationalismus endlich zu überwinden, sich nicht weiterhin schützend vor die Ergenekon-Putsch-Generäle zu werfen und sich den Kampf für die bürgerlichen Menschenrechte und für die Minderheitenrechte, namentlich auch der Kurden, zu eigen zu machen;
6. ruft den schweizerischen Bundesrat auf, seine Türkei-Politik neu auszurichten und
 - a. sich nicht weiterhin ausschliesslich an wirtschaftlichen Interessen zu orientieren, sondern sich gegenüber der türkischen Regierung sehr viel aktiver als in der Vergangenheit für die Achtung der Menschenrechte und einen Verfassungsprozess einzusetzen, der allen Individuen und allen Völkern in der Türkei gleiche Rechte garantiert;
 - b. die Fachkompetenz unserer Diplomatie zur Förderung und Begleitung von Friedensprozessen und namentlich den direkten Gesprächen zwischen Erdogan und

Kurden-Führer Öcalan zur Verfügung zu stellen und alle sich ihm bietenden Möglichkeiten aktiv zu nutzen, in der Türkei den Aufbau föderaler und demokratischer Strukturen zu unterstützen;

- c. die Protestbewegung zu besuchen und mit ihr zu sprechen, den zivil-gesellschaftlichen Repressionsopfern juristisch und humanitär beizustehen, Angeklagte und Gefangene zu besuchen und sie auch medizinisch zu unterstützen.